Interfraktioneller Dringlichkeitsantrag

Einbindung des BA 13 in den Zukunftssicherungsprozess

Der BA13 fordert das Sozialreferat auf, den BA 13 in nicht-öffentlicher Sitzung zum laufenden „Zukunftssicherungsprozess“ (ZSP) wie folgt zu informieren:

1. Welche konkreten Daten inklusive Prognosen wurden für den 13. Stadtbezirk auf Basis des Beschlusses 20-26/V00941 dem ZSP zugrunde gelegt?
2. Wie wurden die erhobenen Eckdaten in Bezug auf die Priorisierung einzelner Einrichtungen gewichtet?
3. Welche Einrichtungen im 13. Stadtbezirk sind potenziell betroffen vom ZSP und welche davon fallen unter die Kategorie „regional“ bzw. „überregional“?

Begründung:

Der ZSP beruht unter anderem auf dem beigefügten Stadtratsbeschluss (https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/9803056). Die Bezirksausschüsse wurden zum ZSP bislang nicht angehört, sind aber schon jetzt vor Ort die erste Anlaufstelle für Rückfragen und Bedenken von Bürger*innen, Trägern und Einrichtungen. Die kommenden Entscheidungen haben weitreichende Folgen für den Stadtbezirk. Der BA 13 möchte Input geben können, bevor Entscheidungen getroffen werden. Dies sieht er als Stadtteilvertretung ausdrücklich als seine Aufgabe an und möchte hier als aktiv Beteiligter gesehen werden. Diese Klärung der BA-Funktion ist vor allem auch relevant, wenn künftig weitere Referate auf diesen Prozess zurückgreifen sollten.

Der BA 13 wurde bislang nicht in den Prozess eingebunden und kann den knappen Zeitrahmen daher nicht beeinflussen. Er ist jedoch bereit, kurzfristig und unbürokratisch Input zu leisten, sofern die erbetenen Informationen zeitnah vorliegen. Dafür braucht der BA 13 Transparenz und die Möglichkeit, Sachverhalte in nicht-öffentlicher Sitzung zu besprechen und zu klären.